

# Alain Berset auf dem Europa-Thron

**Der Ex-Bundesrat lässt sich feiern. Sein Europarat feuert aus vollen Rohren auf die Schweiz. Von der Neutralität, der er seinen Posten verdankt, verabschiedet sich der Romand merklich.**

*Von Philipp Gut, Weltwoche, 30.4.2026*

Als wir nach dem Abendessen in der Strassburger Altstadt am palastartigen Amtssitz des Generalsekretärs des Europarats vorbeischiendern, klingen von drinnen Flügelklänge in die Nachtluft. Ob Alain Berset, der als guter Pianist gilt, selbst spielte oder jemand ihm zu später Stunde ein Ständchen brachte, ist nicht bekannt. Sicher ist: Berset ist in Strassburg angekommen, er fühlt sich dort im Element. Nachdem der Bundesrat und «Corona-General» in seiner schweizerischen Heimat Affäre um Affäre geliefert hatte, am Ende lustlos wirkte und selbst in den eigenen Reihen zunehmend als Hypothek angesehen wurde, blüht er in seiner neuen Rolle auf dem europäischen Parkett sichtlich auf.

Selbst politische Gegner attestieren dem Sozialdemokraten eine souveräne Amtsführung. Er sei eloquent, charmant und verfüge über das nötige Feuer für die Sache. Dabei kann Berset auf sämtliche Privilegien zurückgreifen, die er sich nur wünschen kann. Vom diplomatischen Status her ist er Staatspräsidenten und Regierungschefs gleichgestellt, obwohl der Europarat mehr eine symbolische denn auf reale Macht gegründete Bedeutung hat. Wird Berset in seiner Funktion als Generalsekretär irgendwo in der Welt empfangen, rollt man ihm den roten Teppich aus.

## ***Er residiert am Kaiserplatz***

Es passt deshalb, dass Bersets Villa Mathis – so heisst das nach einem reichen Industriellen benannte Prachtgebäude, in dem er residiert – an einen Ort grenzt, der auf Französisch «Place de la République», auf Deutsch aber «Kaiserplatz» heisst. Das spiegelt die wechselhafte Geschichte Strassburgs wider in der während Jahrhunderten umkämpften Knautschzone zwischen den Nachbarn und Erzrivalen Deutschland und Frankreich, aber man fühlt sich bei diesem sonderbar widersprüchlichen Doppelnamen irgendwie auch an Berset und an den Europarat erinnert: Er wirkt wie der Kaiser, der Sonnenkönig einer Institution, die sich Rechtsstaatlichkeit und Demokratie auf die Fahne geschrieben hat, aber nicht immer so handelt und beinahe danach zu lechzen scheint, einen starken Mann, einen «strong leader», wie es einer ausdrückt, an seiner Spitze zu haben.

## ***Der Europarat ruft selbst zum Abbau rechtsstaatlicher Normen auf und stellt die Schweiz in die Schandecke.***

Diese Widersprüchlichkeit, diese Dissonanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit hat vergangene Woche ausgerechnet die Schweiz zu spüren bekommen. Während über allen Köpfen Kaiser Berset thront und regiert, wird untendurch aus allen Rohren gegen die Eidgenossenschaft geschossen. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats verurteilte die Schweiz im Zusammenhang mit der Magnitski-Affäre, einem seit Jahren schwebenden undurchsichtigen Finanzfall, in den schärfsten

Tönen. Sie hat dazu einen tendenziösen Bericht verfasst und eine nicht minder tendenziöse Resolution verabschiedet, die das eigene Pathos Lügen straft.

Trotz verschiedener internationaler Massnahmen und Ermittlungen zur Geldwäsche von Betrugsgewinnen seien einige Ergebnisse «unbefriedigend, insbesondere in der Schweiz, wo schwerwiegende Vorwürfe wegen Fehlverhaltens laut wurden und Vermögenswerte bekannter Verbündeter des russischen Staatsapparats nicht vollständig beschlagnahmt wurden», heisst es darin.

### ***Im Widerspruch zu den eigenen Werten***

Der Europarat fordert die Schweiz «nachdrücklich auf, ihre rechtlichen Rahmenbedingungen für die Beschlagnahme ohne Verurteilung zu verbessern und Massnahmen zur erneuten Einfrierung und Einziehung von Vermögenswerten im Zusammenhang mit dem Fall Magnitski voranzutreiben». Darüber hinaus verlangt der Rat von den Schweizer Behörden, «ihre Praktiken an moderne Standards zur Vermögensrückgewinnung anzupassen» – «moderne Standards» nennt man das also, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – und weitere Sanktionen zu verhängen. Dabei wird allen Ernstes eine «Umkehr der Beweislast» bei ungeklärten Vermögen gefordert.

Der Europarat, der seit seiner Gründung 1949 dazu da ist, die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte in Europa zu stärken, ruft also selbst zum Abbau rechtsstaatlicher Normen auf und stellt Staaten wie die Schweiz in die Schandecke, die sich an diese Normen halten. Vermögenswerte sollen willkürlich nach politischem Gusto enteignet werden können, ohne dass es dazu eines ordentlichen juristischen Verfahrens und eines Gerichtsurteils bedürfte – und die Enteigneten müssen beweisen, dass das Vermögen legaler Herkunft ist, nicht der Staat, der es ihnen raubt («Umkehr der Beweislast»).

Nach dem Klimaseniorinnen-Urteil geht das Schweiz-Bashing aus Strassburg mit der Magnitski-Resolution in die nächste abenteuerliche Runde. Dabei fielen auch zwei Schweizer Abgeordnete der Schweiz in den Rücken: die SP-Nationalräte Fabian Molina und Valérie Piller Carrard. In der Abstimmung vom Mittwoch, dem 22. April 2026, votierten nur sieben Parlamentarier für die Schweiz, neben vier Schweizern auch zwei Liechtensteiner und eine Deutsche. Berns Interessen sind bei ihnen besser aufgehoben als bei Molina und Co.

Seither ist Feuer im Dach der Schweizer Delegation. Deren Mitglieder hätten die Verurteilung der Schweiz bereits im Vorfeld in den entsprechenden Kommissionen verhindern müssen, heisst es. Doch die Mehrheit, angeführt von Delegationsleiterin und Ständerätin Marianne Binder-Keller (Mitte), habe geschlafen.

### ***Haltung komplett geändert***

SVP-Nationalrat Erich Hess kündigte während der Magnitski-Debatte in Strassburg an, dass er bei einer **Verurteilung der Eidgenossenschaft einen Antrag zum Austritt der Schweiz** aus dem Europarat einreichen werde. Sein Rats- und Parteikollege **Roland Rino Büchel** rief derweil in den Saal, es werde «viel Unsinn» über die Schweiz verbreitet. Er erinnerte erfolglos an die «Grundsäulen des Strafrechts» und des Rechtsstaats: «In der Schweiz braucht es einen stichhaltigen

Nachweis über die kriminelle Herkunft, wenn man jemandem sein Vermögen wegnehmen will.»

Wenn sich, wie im vorliegenden Fall, legale und illegale Gelder vermischen, könne es schwierig werden, die Sache sauber zurückzuverfolgen. «Wenn Sie einfach alles zusammen konfiszieren wollen, dann verletzen Sie die Europäische Menschenrechtskonvention. Wo bleibt da das Recht auf Eigentum, wo die Rechtssicherheit? Wo bleiben die Prinzipien, die wir in diesem Rat mit all den blumigen Voten so hochhalten?»

Generalsekretär Berset kann man für diesen Beschluss der Parlamentarischen Versammlung nicht direkt verantwortlich machen. Aber aus der Schweizer Delegation vernimmt man, dass er seine Haltung gegenüber Russland und der Ukraine seit der Übernahme der Amtsgeschäfte in Strassburg komplett geändert habe. Während er sich zunächst um eine neutrale Haltung im Sinne der schweizerischen Tradition der Offenheit und Guten Dienste nach allen Seiten bemüht habe, sei er inzwischen zu einem **Parteigänger Kiews** geworden. Er wisse, dass er damit seine **Beliebtheit bei der Mehrheit steigern** könne.

### ***Die Geister, die sie riefen***

Der rasante Meinungsumschwung manifestiert sich nicht zuletzt auch in der Vehemenz, mit der Berset ein **Sondertribunal des Europarats für Wladimir Putin** und weitere russische Regierungsmitglieder vorantreibt. In der wöchentlichen Fragestunde kam er ungefragt selbst darauf zu sprechen und betonte, dass bei einem bevorstehenden Treffen im Mai in der moldawischen Hauptstadt Chisinau «entscheidende» Schritte hin zu einem solchen Tribunal gemacht werden sollen. Neunzehn Mitgliedstaaten des Europarats, darunter die Schweiz, plus Costa Rica haben sich bisher hinter den Plan gestellt. Finanziert wird er von der EU.

Dabei entbehren diese jüngsten Entwicklungen gerade mit Bezug auf die Schweiz und ihren in der Villa Mathis empfangenden Generalsekretär nicht einer gewissen Ironie – verdankt Berset doch seinen Sitz am Kaiserplatz nicht etwa seiner eigenen Partei, den Sozialdemokraten, sondern dem politischen Gegner von der Schweizerischen Volkspartei. Der verstorbene SVP-Nationalrat Alfred Heer war es, der Bersets Kandidatur aufbrachte und ihm in Strassburg zum Sieg verhalf, während der offizielle Kandidat der sozialdemokratischen Fraktion abblitzte. «Team Switzerland» nannten sie sich damals stolz, den parteiübergreifenden Charakter der Operation betonend. Spätestens seit der Magnitski-Abstimmung von letzter Woche ist dieser Teamgeist wieder verfliegen.

Aus der Delegation vernimmt man, dass Berset inzwischen zu einem **Parteigänger Kiews** geworden sei.

### ***«Trio infernale» der Genossen***

Und es könnte noch dicker kommen für Bersets Wahlhelfer von rechts: Im Sommer wird die Sozialdemokratin **Pascale Baeriswyl**, ehemalige Chefunterhändlerin mit Brüssel, den Schweizer Botschafterposten in Strassburg übernehmen. Einige sprechen bereits von einem «Trio infernale» der **Genossen Berset, Baeriswyl und Molina**. Die Geister, die sie riefen, werden sie nicht los.